

Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland

von [Steffen Kröhnert](#)

In Ostdeutschland vollzog sich nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems eine radikale Veränderung der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung. Die Stichworte dazu lauten Geburtenrückgang, Abwanderung und Alterung der Bevölkerung. Die Ursachen dafür müssen, neben Anpassungsprozessen an generative Strukturen des westdeutschen Gesellschaftsmodells, auch einem misslungenen wirtschaftlichen ‚Aufschwung Ost‘ zugeschrieben werden.

Die frühere DDR verfolgte, im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo dies angesichts ausreichender Zuwanderung nie als notwendig erachtet wurde, eine pronatalistische Bevölkerungs- und Familienpolitik. So war etwa die Vergabe von Wohnungen auf dem völlig regulierten DDR-Wohnungsmarkt stark an die ‚Dringlichkeit‘, und somit auch an das Vorhandensein von Kindern gebunden. Junge Familien erhielten staatliche Kredite, die durch Kinder ‚abgegolten‘ werden konnten und die Einführung des Babyjahrs ermöglichte Müttern beim zweiten Kind eine einjährige, bezahlte Erziehungspause. Im letzten Jahr ihrer Existenz hatte die DDR eine Gesamtbevölkerung von 16,7 Millionen. Gegenwärtig (2006) leben laut dem Statistischen Bundesamt auf dem Gebiet der neuen Bundesländer noch etwa 16,6 Millionen Menschen – diese Zahl enthält allerdings auch die rund zwei Millionen Einwohner Westberlins.

Ost-West-Wanderung

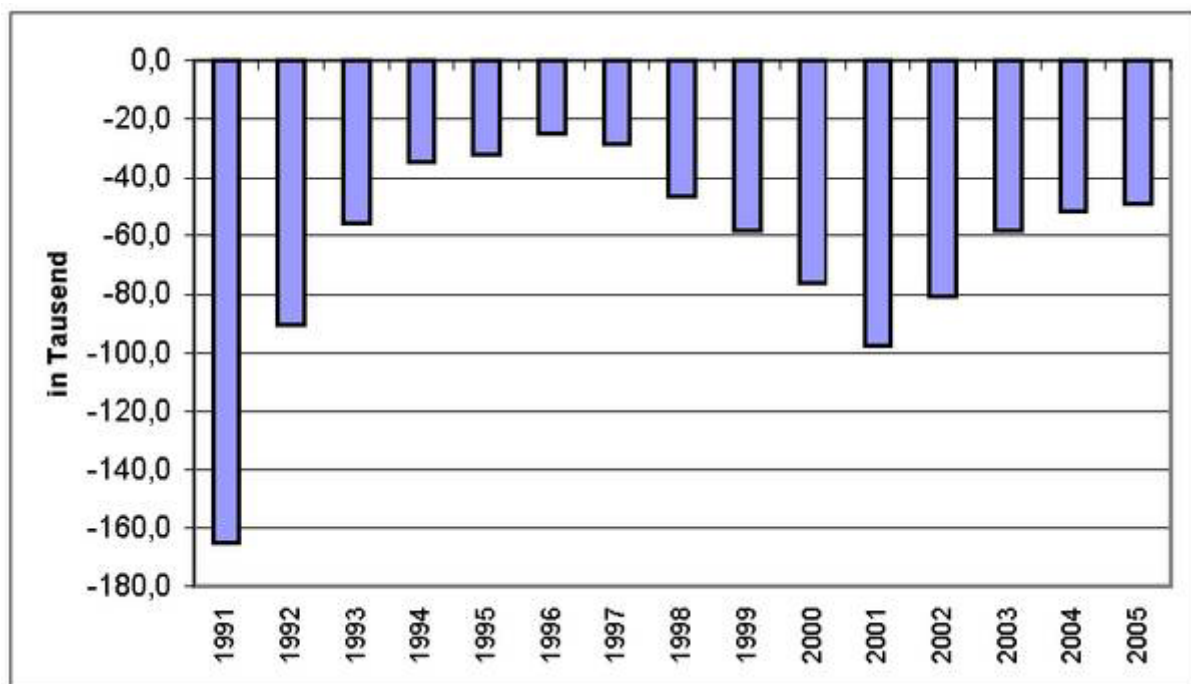
Das politische System der DDR beschränkte Migrationsbewegungen stark. Dies betraf sowohl die Abwanderung von DDR-Bürgern als auch die Zuwanderung von Ausländern, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung 1989 mit einem Prozent äußerst gering war. Trotzdem hatte die DDR über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens einen negativen Wanderungssaldo. Der Mauerbau hat die Abwanderung in die Bundesrepublik 1961 zwar stark eingeschränkt, konnte sie jedoch nicht völlig beseitigen. Mit dem Fall der Mauer setzte zunächst eine regelrechte Fluchtbewegung aus dem Gebiet der früheren DDR ein. In den Jahren 1989 und 1990 erreichte die Zahl der Ost-West-Migranten mit jeweils fast 400.000 Personen ein dramatisches Niveau. In den folgenden Jahren ließen die Wanderungen jedoch nach und die Ost-West-Migration erreichte in den Jahren 1996 und 1997 mit nur noch 14.000 bzw. 13.000 Personen einen fast ausgeglichenen Saldo. Allerdings nahm, auf Grund des Ausbleibens eines selbsttragenden ‚Aufschwungs Ost‘ und einer bis heute negativen wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern die Abwanderung seitdem wieder zu. Im Jahr 2001 erreichte der (Ab-

)Wanderungssaldo Ostdeutschlands mit 100.000 Personen einen neuen Höhepunkt. Seitdem ging die Abwanderung zwar zurück, hält aber weiter an. Insgesamt verließen zwischen 1989 und 2005 per Saldo etwa 1,5 Millionen Menschen die ostdeutschen Bundesländer. Damit verlor diese Region etwa neun Prozent ihrer Bewohner allein durch Fortzüge.

Die Abwanderung erfolgt stark altersselektiv, da die Ost-West-Wanderung zumeist eine Arbeits- oder Ausbildungsplatzwanderung ist, welche die jungen, erwerbsfähigen, gut ausgebildeten und potenziell fertilen Jahrgänge in stärkerem Maße betrifft. Etwa 60 Prozent der Ost-West-Migranten sind jünger als 30 Jahre. Eine Besonderheit des Wanderungsgeschehens zwischen Ost- und Westdeutschland liegt in einer überproportionalen Abwanderung von jungen Frauen aus den neuen Bundesländern. Für ostdeutsche Frauen ist Erwerbstätigkeit ein hoher Wert, der auch vom hohen Niveau der Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR herrührt (über 80 Prozent). War in den 1990er Jahren noch eine überproportionale Frauenarbeitslosigkeit der Hauptgrund für den stärkeren Fortzug von Frauen, so mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass höhere allgemeinbildende Schulabschlüsse von Frauen für die größere weibliche Mobilität verantwortlich sind.

Für viele Regionen der neuen Bundesländer bedeutet das in der Konsequenz Alterung, Frauendefizit und Konzentration gering qualifizierter Personen. Da eine solche Entwicklung der Bevölkerungsstruktur auch langfristig kaum umkehrbar erscheint, verschlechtert dies zusätzlich die Prognose für eine zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer.

Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern (1991 bis 2005)



Quelle: Statistisches Bundesamt

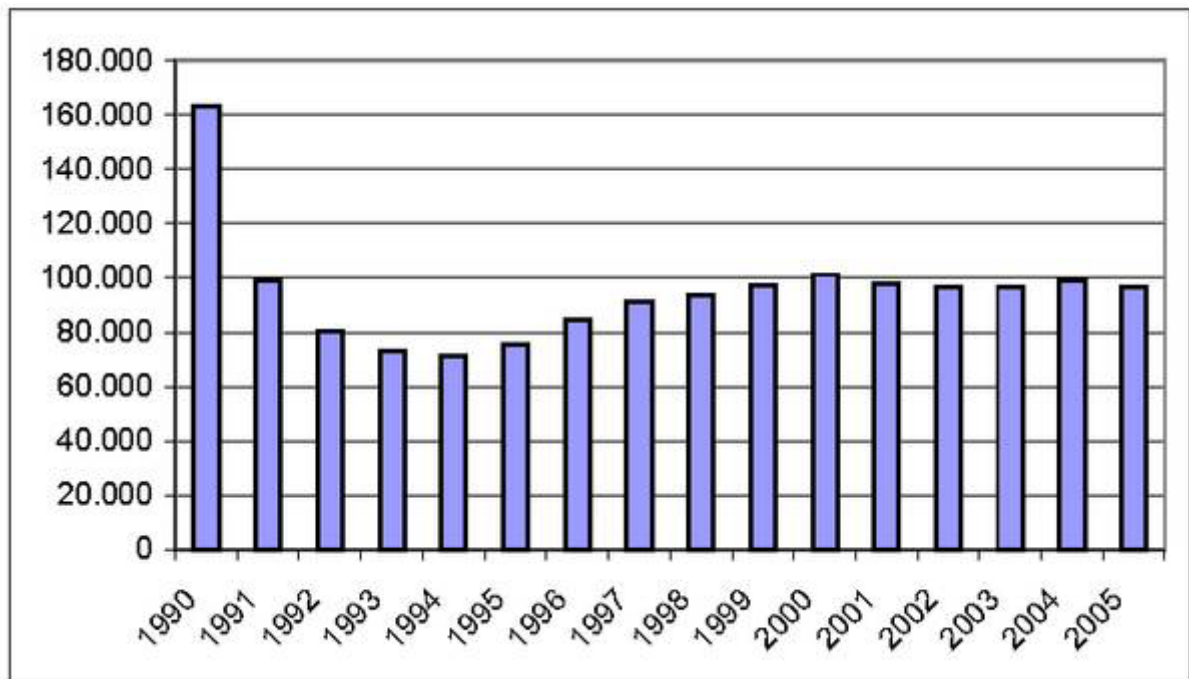
Geburtenentwicklung

Nicht weniger drastisch als das Wanderungsgeschehen entwickelte sich, zumindest zeitweise, die Fertilität in Ostdeutschland. Die Gesamtfertilität (TFR) war in der DDR mit durchschnittlich 1,6 Kindern je Frau (1989) noch deutlich höher als in der Bundesrepublik (1,3). Dies lag nicht

nur an der pronatalistischen Familienpolitik, sondern auch an den eingeschränkten biographischen Wahlmöglichkeiten im politischen System der DDR, was frühere und häufigere Geburten förderte. Allerdings lag es auch an der besseren strukturellen Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbstätigkeit in der DDR. So gab es, schon wegen des permanenten Arbeitskräftemangels in der DDR, keinerlei Benachteiligungen für erwerbswillige Mütter. Im Gegenteil wurde durch staatliche Maßnahmen, wie flächendeckende, gebührenfreie Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Schulhorte), aber auch besondere Vergünstigungen (zusätzliche Haushaltstage, verkürzte Wochenarbeitszeit) versucht, die Erwerbsbeteiligung auch von Frauen mit Kindern zu erreichen.

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung brach die Fertilität stark ein und erreichte 1994 mit einer Gesamtfertilitätsrate von 0,77 den niedrigsten jemals gemessenen Wert. Bevölkerungswissenschaftler sehen im Zusammenwirken mehrerer Faktoren die Ursache für diese drastische Veränderung. So kam es nach dem Fall der Mauer zunächst zu einem „demographischen Schockzustand“: Zur Reduktion aller generativen Vorgänge (Geburten, Heiraten, Scheidungen) auf Grund der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Gleichzeitig setzte jedoch mit der Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems auch eine Anpassung an dessen generative Struktur ein: Die Ausbildungszeiten junger Menschen verlängerten sich, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde schwieriger und die biographischen Optionen der Bürger nahmen zu. Somit verschob sich das Alter bei der ersten Geburt relativ schnell in jenen Altersbereich, in denen auch westdeutsche Frauen durchschnittlich ihr erstes Kind bekommen. 1989 lag das durchschnittliche Alter von Frauen bei der ersten Geburt in der DDR bei 22,9 Jahren, in der BRD bei 26,8 Jahren. Bis 1995 hatte sich das Erstgebäralter im Westen nochmals auf 28,2 Jahre erhöht, im Osten lag es zu diesem Zeitpunkt bereits bei 26,9 Jahren. Die Altersgrenze zwischen Anpassung und „Schockreaktion“ verlief etwa um das 25. Lebensjahr. Die jüngeren Frauen gingen zu westlichen Familienbildungsmustern über und bekamen ihr erstes Kind zu einem späteren Zeitpunkt. Die über 25-jährigen Frauen, die zum größten Teil ihr erstes Kind noch vor der Wende bekommen hatten, verzichteten häufig auf ein zweites Kind. Dies führte praktisch zu einem „Geburtenloch“ um das Jahr 1994.

Geburten in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 1990 bis 2005



Quelle: Statistisches Bundesamt

Seit 1994 nimmt die Fertilität in Ostdeutschland wieder zu, nachdem der beschriebene Verzögerungseffekt ausgelaufen ist. Im Jahr 2005 unterschieden sich die Gesamtfertilitätsraten in Ost- und Westdeutschland nur noch wenig. Jedoch haben seit 1989 Frauen im fertilen Alter in hoher Zahl Ostdeutschland verlassen und in den kommenden zehn Jahren gelangen die stark reduzierten Nachwendejahrgänge ins Elteralter. Dies bedeutet, dass auch bei gleicher Gesamtfertilitätsrate die Zahl der Neugeborenen bezogen auf die Gesamtbevölkerung deutlich niedriger ist als in Westdeutschland.

Heiratsverhalten

Die Heiratsneigung war in der DDR höher als in der Bundesrepublik, gleichzeitig wurden die Ehen deutlich früher geschlossen. Die Erstheiratsziffern sind in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre abrupt gesunken, steigen jedoch seit 1992 wieder an und lagen 2005 nur noch knapp unter dem westdeutschen Wert. Das durchschnittliche Erstheiratsalter der Frauen, das in den neuen Bundesländern 1990 bei nur 23,2 Jahren und damit zwei Jahre unter dem westdeutschen Mittel lag, hat sich bis 2004 um 5,5 Jahre erhöht und ist heute sogar etwas höher als in den alten Bundesländern. Die zusammengefasste Erstheiratsziffer ist die Summe aller altersspezifischen Erstheiratsziffern. Diese wiederum geben für jede Altersgruppe den Anteil derjenigen Personen an, die im angegebenen Jahr heiraten. Die Interpretation der zusammengefassten Erstheiratsziffer als „Anteil derjenigen Personen, die bis zum Alter von 50 Jahren mindestens einmal heiraten“ ist irreführend, da dieser Wert auch stark von einer Veränderung des Heiratsalters oder vorübergehenden Einflüssen auf das Heiratsverhalten beeinflusst wird.

Von 1990 bis 2000 erhöhte sich das Erstheiratsalter lediger Frauen im Osten Deutschlands von 23,7 auf 28 Jahre, in Westdeutschland von 25,9 auf 28,5 Jahre. Einen drastischen Unterschied zwischen Ost und West gibt es nach wie vor in dem Anteil von unehelich geborenen Kindern. In Westdeutschland wirkt offenbar der traditionelle Wert der Heirat vor der Geburt

eines Kindes fort – auch als Mittel materieller Absicherung der Mütter, die häufig ihre Erwerbstätigkeit einstellen oder reduzieren müssen. In Ostdeutschland war es hingegen schon vor 1989 nicht unüblich, bei der Geburt eines Kindes zunächst unverheiratet zu bleiben, denn der Staat gewährte unverheirateten Müttern erhebliche soziale Unterstützung und aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen entfiel die ökonomische Notwendigkeit einer Ehe. Bereits 1990 waren 35 Prozent der Kinder in Ostdeutschland nicht ehelich geboren (Westdeutschland: 10,5 Prozent). Bis 2005 erhöhte sich dieser Anteil im Osten auf fast 60 Prozent, während er im Westen nur auf 23 Prozent anstieg. Hier zeichnen sich dauerhafte Unterschiede in der gesellschaftlichen Akzeptanz von unehelicher Elternschaft ab.

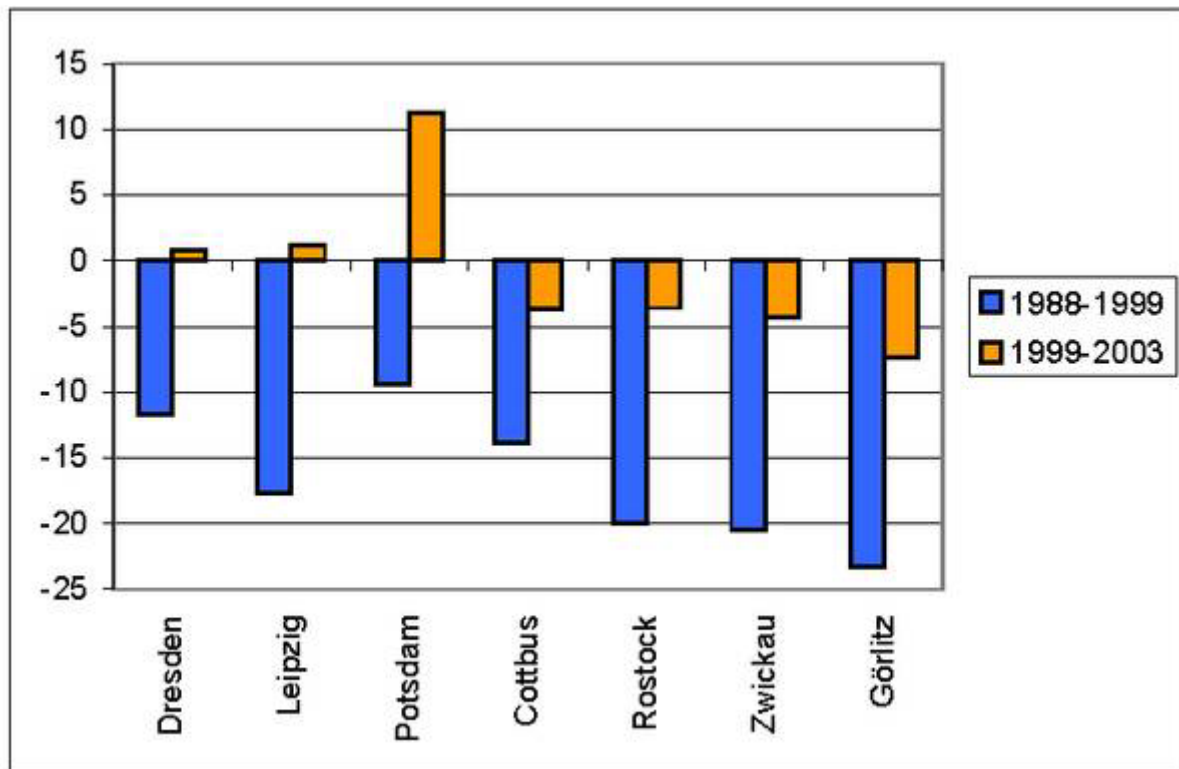
Entwicklung von Lebenserwartung und Sterblichkeit

Die Lebenserwartung wird im Wesentlichen durch die Lebensweise der Menschen, das Niveau der medizinischen Versorgung und den medizinischen Fortschritt bestimmt. In den neuen Bundesländern lag die Lebenserwartung bei Geburt 1991 für Männer drei Jahre, für Frauen zwei Jahre unter der Lebenserwartung Westdeutschlands. Nach der Wiedervereinigung setzte hier ein deutlicher Aufholprozess ein: 2004/05 lag die Lebenserwartung ostdeutscher Frauen mit 81,8 Jahren nur noch 0,4, die Lebenserwartung der Männer mit 75,5 Jahren nur noch 1,4 Jahre unterhalb des westdeutschen Niveaus. Ursache für diese rasche Erhöhung der Lebenserwartung ist eine Verbesserung der medizinischen Versorgung in den neuen Ländern. So hat sich in Ostdeutschland die Sterblichkeit durch Krankheiten des Kreislaufsystems um mehr als ein Fünftel verringert. Der Sterblichkeit durch Herzkrankheiten konnte also offenbar unter westdeutschen medizinischen Standards wirksamer begegnet werden.

Regionale Entwicklung

Betrafen die beschriebenen Veränderungen zunächst ganz Ostdeutschland, zeichnet sich mittlerweile eine regionale Differenzierung ab. Die Städte dieser Regionen von Jena über Erfurt bis nach Eisenach gewinnen teilweise wieder Einwohner hinzu und ziehen mit ihren Bildungseinrichtungen auch die weniger werdenden jungen Menschen an. Die Stadtregionen des Ostens stabilisieren sich jedoch zu Lasten des ländlichen Raumes und peripher gelegener Orte. In dünn besiedelten Regionen wird in Zukunft aus Kostengründen und aufgrund abnehmender Nutzerzahl immer mehr Infrastruktur reduziert werden und mit einer Rückkehr von Arbeitsplätzen ist kaum mehr zu rechnen. In Zukunft werden in Ostdeutschland sehr viel weniger Menschen als früher leben und sie werden vorwiegend in urbanen Zentren siedeln.

Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen ostdeutschen Städten seit 1988



Fazit

Auch wenn sich demografische Indikatoren wie Fertilität, Lebenserwartung und Heiratsverhalten in den neuen Bundesländern langsam dem westdeutschen Niveau annähern, haben die vergangenen 16 Jahre tiefe Spuren in der Bevölkerungsstruktur Ostdeutschlands hinterlassen. Dies ist einerseits ein starker Rückgang der Gesamtbevölkerungszahl, andererseits eine Veränderung in der Altersstruktur: Die Bevölkerung Ostdeutschlands war 1989 deutlich jünger als die in Westdeutschland, der Anteil der Personen unter 20 Jahre betrug 25,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis 2005 verringerte sich dieser Anteil durch Geburtenrückgang und Abwanderung auf 17 Prozent und sank damit weit unter das westdeutsche Niveau (21 Prozent). Die Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) ging in diesem Zeitraum um 642.000 zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der über 60-Jährigen um fast eine Million. Der ganz Deutschland bevorstehende Prozess der Bevölkerungsalterung und -schrumpfung ist also in Ostdeutschland im Zeitraffertempo bereits sichtbar. In den kommenden Jahren werden zahlenmäßig stark reduzierte Geburtsjahrgänge ins Ausbildungs- und Erwerbsalter gelangen. Dies bedeutet einerseits, dass sich der Druck auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt deutlich reduziert. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass die regionale Wirtschaft unter diesen wenigen Auszubildenden und Studenten nicht mehr ausreichend qualifiziertes Personal rekrutieren kann und die neuen Bundesländer als Wirtschaftsstandort (noch) unattraktiver werden. Ostdeutschland ist inzwischen ein Versuchsfeld für den ganz Deutschland bevorstehenden Umgang mit rückläufigen Einwohnerzahlen und Bevölkerungsalterung.

Literatur / Links

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2006): Die demografische Lage 2006 in Deutschland. www.bib-demografie.de

Dobritz, Jürgen (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (22), 239-268.

Keim, Karl-Dieter: Stadtumbau Ost – eine Herausforderung an die Politik zur Regenerierung der ostdeutschen Städte. Vortrag an der FH Potsdam vom 14.5.2002

Kröhnert, Steffen/ Medicus, Franziska/ Klingholz, Reiner (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München.

Schulz, Erika (2000): Transformation prägt Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung (69), 249-271.

Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007, Wiesbaden. (<http://www.destatis.de>)

Stand: August 2008

Nachdruck und Weiterverwendung des Artikels unter Angabe der Quelle erlaubt. Um Zusendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Das Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts wird gefördert von

Robert Bosch Stiftung